

## Solinger



## Beitung.

Erhebt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Preis für das Vierteljahr in der Expedition 1 M. 75 S., auf allen Kaiserl. Postanstalten 2 M. Einrückungsgebühr für eine einspaltige Zeile oder deren Raum 10 S.

Druck und Verlag von H. Bießer in Solingen. — Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Bießer in Solingen. — Die Expedition befindet sich in Solingen, Kaiserstr. 140. (Fernsprech-Anschluß Nr. 90).

## Reichstag.

Berlin, 15. März.

Der Reichstag begann heute die 2. Beratung der Militärstrafprozedur. Zu § 1 beantragten die Sozialdemokraten, die Militärgerichtsbarkeit überhaupt nur bei Zusammenhängen gegen Militärstrafgesetze eintreten zu lassen. Die Freisinnigen beantragten, die zur Disposition stehenden Offiziere, Sanitätsbeamten u. s. w. der Militärgerichtsbarkeit zu entziehen, sofern dieselben nicht im aktiven Dienst oder Marine vorübergehend wieder Verwendung finden. Kriegsminister v. Götter sprach sich gegen beide Anträge aus und hatte theilweise auch Bedenken gegen die Kommissionsentschlüsse, so bezüglich der Art des mündlichen Verfahrens, wie bezüglich des Umfangs der Öffentlichkeit. Für die Kommissionsentschlüsse traten ein die Abg. Baffermann (natl.) und Götter (Zentr.). Abg. Staudy (konf.) erklärte, daß seine Freunde sich ihre Entscheidung bis zur endgültigen Gestaltung des Gesetzes vorbehalten müssen. Die Anträge der Sozialdemokraten und der Freisinnigen wurden abgelehnt und § 1 in der Kommissionsfassung angenommen. Zu § 2 beantragte Abg. Wundt (frl. Sp.) Streichung der Bestimmung, wonach Offiziere des kaiserlichen Heeres bei Verurteilung der Militärgerichtsbarkeit unterliegen sollen. Wegen des Antrags sprachen die Zentrumsgesandten Groeber und Spahn im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes und Generalleutnant v. Bismarck. Bei der Abstimmung ergab sich bei 109 gegen und 78 für den Antrag. Weiterberatung morgen.

## Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 14. März, Abends.

Fortsetzung des Kultus-Estat. Abg. v. Heermann (Zentr.) wendet sich gegen die Erhöhung des Religions-Unterrichts durch den Staat und tritt für die Wiedereröffnung eines schulfreien Tages in Westfalen ein. Minister v. Götter bemerkt, daß der schulfreie Tag ein Schaden für die Schule wäre. Abg. v. Brandt begründet die Aufhebung des schulfreien Tages in Westfalen. Abg. Richter (Zentr.) wünscht die Einbringung eines Schul-Dotationengesetzes. Abg. v. Brandt erwidert auf eine Anregung des Abg. Götter (Natl.), daß in den Seminaren obligatorische Lehrstühle für eine bessere Pflege des Christentums eingerichtet seien. Auch für die Volksschulen würden für diese Zwecke mehr Mittel ausgemittelt. Nach weiteren Ausführungen wird die Weiterberatung auf Dienstag Vormittag vertagt. Außer Kultus-Estat kleinere Vorlagen.

Berlin, 15. März.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte in 1. und 2. Sitzung die Vorlagen betr. ein für Preußen und Sachsen-Meinungen gemeinsames Landgericht in Rudolstadt und betr. die Errichtung für Thüringen und Preußen gemeinsamer Schwurgerichte in Gera und Meiningen. Dann wurde die Beratung des Kultus-Estat bei dem Elementarlehren fortgesetzt. Auf die Beschwerde des Zentrums, daß für evangelische Schulen mehr gethan würde, als für katholische, wurde regierungsfest erwidert, daß im vergangenen Jahre 756 katholische und 565 evangelische Schulen errichtet worden seien. Die Beratung gelangte nicht zum Abschluß und wurde Abends fortgesetzt.

## Deutsches Reich

Mit der Vertretung des Kaisers bei der Walballa-Fest in Regensburg wurde Prinz Friedrich Heinrich, Sohn des Prinzregenten Albrecht, betraut. Wie die Athener „Akropolis“ mitteilt, richtete die Kronprinzessin Sophie von Griechenland nach dem eingetragenen Glückwunsch ihres Bruders, des Kaisers Wilhelm, zu der Errettung des Königs Georg aus der Gefahr des Mordanschlags an den Kaiser einen Brief, in dem sie denselben bittet, von deutscher Seite jeden Widerstand gegen den russischen Vorschlag der Kandidatur des Prinzen Georg fallen zu lassen. Die Prinzessin spricht die Überzeugung aus, daß im Besonderen die Ernennung des Prinzen zum Gouverneur von Kreta die antitynischen Bewegungen im Lande erleichtern würden.

In der „Schl.“-Ztg. werden über die Fahrt des Königs nach Deutschland, unter dem Befehl des Prinzen Heinrich, nach Dänemark einige interessante Mitteilungen veröffentlicht. Den Anfang der Kalamitäten, welche die „Deutschland“ betrafen, bildete das Verhängnis „auf den Grund Gerathen“ im Nordsee-Kanal. Am 6. Jan. wurde der Suezkanal passiert und kurze Zeit darauf brach die Antarktis, infolge dessen das Schiff 1 Tag und 2 Nächte liegen bleiben mußte, bis es gelang, den Anker zu finden und zu lichten. Als dann endlich am 8. Jan. die Weiterreise erfolgte, trat eine Gasexplosion im Kohlenkammer ein, wodurch 1 Feuerweiser und 2 schwarze Heizer erheblich verbrannt wurden. Im Roten Meer trat eine Störung an der Schiffsmaschine (8000 Pferdekraft) ein, wodurch die „Deutschland“ 3 Tage umhergetrieben wurde. Am 20. Januar erreichten die Schiffe die Insel Sokotra, wo 2 Kohlendampfer die „Deutschland“ erwarten sollten. Dieselben waren aber nicht anwesend, so daß „Gefion“ nach Aden zurückkehren mußte, um die Kohlendampfer herauszuholen. Durch diesen nicht vorhergesehenen Zwischenfall wurden die deutschen Schiffe wieder eine volle Woche aufgehalten. — Neuerdings nimmt die „Deutschland“ bekanntlich in Hongkong längeren Aufenthalt. Der Grund hierfür ist mit voller Bestimmtheit noch nicht bekannt geworden.

Als Termin für die Reichstagswahlen wird vermutlich ein Tag der dritten Juniwoche angelegt werden, damit auch die Stichwahlen noch vollzogen sein können, ehe anfangs Juli die Schulferien beginnen. Die Zentralleitung der national-liberalen Partei hat bereits Beschlüsse getroffen, daß alsbald nach Dänemark der allgemeine Delegiertentag veranstaltet werden kann, welcher das Wahlprogramm der Partei zu beschließen hat. In einer am 13. d. M. zu Kreuznach abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung der national-liberalen Partei kam es wegen der Aufstellung eines der Kandidaten zu Spaltungen. Die einen entschieden sich dafür, an der Kandidatur des bisherigen Abgeordneten J. B. Engelsmann festzuhalten, die andern wollen auf die Wahl des Pfarrers Haden-

berg in Hottenbach hinwirken. Die Aufstellung des zweiten Landtags-Abgeordneten Geh. Rath Knebel erscheint gesichert.

Mit dem am 23. März von Bremerhaven abgehenden Reichspostdampfer des Norddeutschen Lloyd wird ein Vermessungsdetachment, bestehend aus 4 Offizieren, 2 Deskoffizieren, 7 Unteroffizieren und 14 Mann unter dem Transportführer Lieutenant zur See Deimling nach Kiaotschau befördert werden.

Die „Times“ meldet aus Kreta: Panzer „Doburg“ verläßt heute Kreta, die deutsche Flotte wird herangezogen werden und Deutschland wieder unvertreten auf Kreta sein. Die „Nord.-Allg. Ztg.“ meldet hierzu: Das Panzerschiff Doburg begibt sich demnächst nach einem südländischen Hafen und geht dort voraussichtlich für einige Wochen ins Dock. Da nicht feststeht, welche Verwendung die Doburg nachher findet, verläßt sie Kreta mit vollständiger Mannschaft.

Zur Verlegung des deutsch-balkanischen Zwischenfalles wird der „Post“ nachträglich aus Port au Prince nach folgende amtl. Mitteilung gemacht: Daß der Zwischenfall noch im letzten Augenblicke, ehe es zum Ausbruch kam, beigelegt wurde, ist in erster Linie dem englischen Gesandten mit zu danken, der an der Spitze des diplomatischen Korps sich gegen Mittag im Palast des Präsidenten einfand, um die Startfähigkeit der schwarzen Erzelen mit Bernunftgründen zu brechen. Es war kurz vor halb 1 Uhr, als der englische Gesandte sich mit den Worten erhob: „Ich verlasse das Palais, denn ich habe absolut keine Lust, mich unter seinen Trümmern durch deutsche Granaten begraben zu lassen.“ Erst nach diesen Worten, denen das ganze diplomatische Korps beipflichtete, entgegnete der Präsident, daß er den Bedingungen Deutschlands sich unterwerfen wolle, daß er aber — keine weiße Fahne habe, um seine Kapitulation anzudeuten. Schlagfertig entgegnete der englische Gesandte: „So lassen Sie doch das erste beste Bettuch!“ Der Präsident folgte diesem Vorschlage und — Haiti war gerettet.

Eine Berliner Neutest-Druckerei, daß in einer in Thibis abgehaltenen Versammlung von Konstantin zur Erörterung der Frage, ob es rätlich sei, der chinesischen Regierung eine Denkschrift zu überreichen zu Gunsten der Ernennung von Sonderkonsularen, der deutsche Konsul gegen den Vorschlag Einspruch erhoben habe mit dem Bemerkung, die ganze Provinz Schantung falle in die deutsche Einflußsphäre.

## Aussland.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. März. In Duna-Jildwar brachen gestern neuerdings Wasser-Unternehmungen aus. Etwa 300 Bauern begannen einen Kampf mit den Genossen, die mit aufgestellten Seitengewehren in die Menge stürzten, wobei 6 Personen schwer verwundet und 2 getötet wurden.

## Belgien.

Antwerpen, 15. März. Das deutsche Schiff „Stein“ traf gestern, von Haiti kommend, auf der hiesigen Rheide ein, begrüßt von den Geschützen des Hafens. Am Empfangen beteiligten sich die Handelschiffe, sowie eine Abordnung der deutschen Kolonie und eine große Menschenmenge. Das Schiff wird etwa 8 Tage hier bleiben. Die Kolonie bereitet große Festlichkeiten vor. — Die Offiziere des „Stein“ hatten heute im Lazarett Schloß einen Besuch ab und wurden vom deutschen Militärattache des Königs vorgestellt. Der Empfang dauerte 2 Stunden.

## Frankreich.

Paris, 15. März. Bekanntlich sollten Mathieu und Leon Dreyfus, die Brüder des verurteilten Hauptmanns, wegen Verleumdung des Generals gegenüber dem verstorbenen Obersten Sandherr, dem Leiter des Landwehrdienstes, gerichtlich verfolgt werden. Nach einer 3 Monate währenden Voruntersuchung hat der Untersuchungsrichter Dauterle die Akten geschlossen und der Staatsanwaltschaft zugestellt, und zwar, wie der „Petit Parisien“ mitteilt, mit einem Antrag auf Einstellung des Verfahrens.

15. März. Der Advokat Monnard hat gestern seine Anträge zum Kassationsgesuch Zolas eingereicht. Man glaubt, daß die Verhandlung am 31. März stattfinden wird. — Eine zahlreiche Gruppe von Schriftstellern, Künstlern und Politikern hat sich zu dem Zwecke gebildet, zu Ehren Zolas eine Denkmünze prägen zu lassen, die auf der Vorderseite das Bildnis Zolas mit den Worten aus einer seiner Rundreden zum Ausdruck bringt: „La vérité est en marche, rien ne l'arrêtera plus.“ Emile Zola und auf die Rückseite die Worte: Hommage à Emile Zola. 1898.

15. März. Der als Spion verhaftete Adolf Haan hat gestern ohne Verhörung Paris verlassen. Er ist kein Spion. Im Jahr 1896 war Haan schon ausgewiesen worden, und der Ausweisungsbefehl war noch in Kraft.

15. März. Das „Journal“ erzählt, daß wichtige Garnisonwechsel in den östlichen Städten stattfinden werden, namentlich in Galatz, Toul und Verdun.

## Großbritannien.

London, 14. März. Der Sekretär Lord Salisbury's berichtet, Salisbury habe nach dem Kabinetsrat am Freitag einen Fieberanfall gehabt. Jetzt habe das Fieber zwar nachgelassen, aber der Arzt habe vollständige Ruhe und einen Aufenthalt in Südafrika angeordnet. Es befindet sich, daß der Erste Lord des Schatzes, Balfour, die laufenden Geschäfte des auswärtigen Amtes erledigen wird.

## Dänemark.

Kopenhagen, 15. März. Anfangs Mai wird das Jarenpaar zum Einzug des Prinzen Christian mit seiner Braut hier erwartet.

## Rusland.

Petersburg, 15. März. In politischen Kreisen verlautet, daß auf Russlands neuerdings gemäßigtere Haltung in der afrikanischen Frage Kaiser Wilhelm großen Einfluß gehabt und dadurch zur Verhütung eines Zusammenstoßes beigetragen habe.

## Spanien.

Madrid, 15. März. Das von Gadir abgegangene Torpedoboot-Geschwader wird sich bei den kanarischen Inseln und bei Portorico nur so lange aufhalten, als es zur Verproviantierung gebraucht und dann direkt nach Havanna gehen. Ein zweites Torpedoboot-Geschwader wird binnen kurzem Spanien verlassen und voraussichtlich nach Portorico gehen.

Havanna, 14. März. Zwischen Abteilungen von Aufständischen, die sich unterwerfen wollten, und andern, die sie hieran zu hindern suchten, kam es zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Leichen der Führer Alvarez, Ramez und Espinosa wurden aufgefunden. Eine Truppen-Abteilung verlor die Aufständischen.

## Portugal.

Lissabon, 15. März. Der Kriegsminister hat beschlossen, die Vertheidigungs-Einrichtungen des Hafens von Lissabon schleunigst zu vervollständigen.

## Seringe Staaten.

Washington, 14. März. Ein Sonderauschuß wurde nach New York geschickt, um die dortigen Rebellen einzuladen, Vorschläge zu machen über die Abtretung von Schiffen an die Marine, welche zur Umwandlung in Kriegsschiffe geeignet sind. 40 Schiffe sind bereits eingeschrieben; sie werden beschlagnahmt, sobald die Eigentümer zur Abtretung geneigt sind. Auch in St. Paul und St. Louis werden ähnliche Vernehmungen getroffen. Die Geschützfabrik in Washington beschleunigt ihre Arbeit zur Ablieferung von 150 Kanonen. — Aus New York wird gemeldet, daß 87 Torpedos zur Legung von unterseeischen Minen dort angekommen seien.

New-York, 14. März. Der Präsident M. McKinley ist anscheinend davon überzeugt, daß die „Maine“-Katastrophe durch eine äußere Explosion verursacht worden ist, da sein Leichen aus Cuba zurückgeführt worden, Senator Proctor, dies öffentlich erklärt. Die Kriegsvorbereitungen werden, nach der „Frankf. Ztg.“, mit großer Hast betrieben.

## Siam.

Bangkok, 15. März. Ein Aufstand ist in Battambang ausgebrochen, da die Bevölkerung sich weigert, Steuern zu bezahlen. Eine flammende Expedition in Stärke von 1000 Mann wurde gegen die Rebellen entsandt und schlägt dieselben. Augenblicklich dauern die Kämpfe noch fort. Kommandant sind in dem Aufstand verwickelt. Wie berichtet wird, ist von der Entsendung der Expedition an Frankreich Mitteilung gemacht worden, welches sich mit dem Vorgehen einverstanden erklärte.

## China.

Peking, 15. März. Der russische Geschäftsträger Pawlow besuchte am Samstag das Auswärtige Amt und erhob entschiedenen Einspruch gegen die Verlegung der Verhandlungen über die Verpachtung von Port Arthur nach Petersburg. Er verlangte die Erledigung der Angelegenheit in Peking. Der Besuch blieb jedoch erfolglos.

## Rheinland und Westfalen.

Mülheim a. Rh., 11. März. Die Stadtverordneten-Versammlung hat heute in geheimer Sitzung das Gehalt des Herrn Bürgermeisters Steinkopf von 6000 auf 9000 M. erhöht. Außerdem bezieht der Bürgermeister einen Wohnungsgeldzuschuß von 1000 M. und eine persönliche Zulage von 1500 M. Einige Mitglieder der Versammlung erklärten später in der öffentlichen Sitzung, daß die Gehaltserhöhung um 3000 M. unter der Voraussetzung bewilligt worden sei, daß die persönliche Zulage von 1500 M. gestrichen werde, worauf Herr Bürgermeister Steinkopf erklärte, daß man ihm die persönliche Zulage nicht entziehen könne. Man beschloß, in einer späteren geheimen Sitzung über diesen Punkt zu beraten.

Düsseldorf, 15. März. In einem Hotel erhängte sich ein Obergerichtsbeamter aus Leipzig. Es wurden bei ihm noch 400 M. bares Geld vorgefunden. Der Beweggrund zur That ist noch nicht bekannt.

Rath, 15. März. Der bei dem geistlichen Menschenauflauf erschossene Mauerer ist Vater von 5 Kindern. Der unglückliche Vorfall hat sich in folgender Weise zugetragen. 14 an einem Neubau beschäftigte Mauerer waren in Streit geraten; Obermann wollte Ruhe stiften, wurde aber von den Mauerern angegriffen. Der Beamte zog, als er sich bedrängt sah, seinen Revolver und drohte zu schießen, wenn man nicht von ihm abließ. Schließlich gab er einen Schreckschuß ab, und als auch das nicht half, richtete er die Waffe auf den vorbesten, wie es heißt, ein Messer gegen ihn zuckenden Angreifer, der, von der Kugel ins Herz getroffen, sofort tot niederfiel.

Bochum, 14. März. In einem Juwelieregeschäft ist ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Der Werth der geraubten Sachen wird auf annähernd 20 000 M. geschätzt.

## Stadt- und Landkreis Solingen

Solingen, 16. März.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung dauerte mehr als 3 Stunden und zwar von 5 bis 8 1/2 Uhr. Anlaß zu dieser langen Sitzung gaben die abgeordneten Debatten über einige wichtige Punkte der Tagesordnung. Zum 3. Male beschloß sich gestern das Kollegium mit dem Antrag der Schlachthauskommission auf Errichtung einer täglich 200 Zentner liefernden Eisfabrikation, verbunden mit einer entsprechenden Kühlanlage. Das eine bedeutende Nachverwilligung erfordernde Projekt wurde durch die Frage veranlaßt, ob die elektrische Bahn durch die Kaiserstraße geführt werden solle oder nicht. Das Projekt fand warme Vertretung aus technischen und finanziellen Gründen durch Herrn Oberbürgermeister Dieck und Herrn Bauwart Kühne, denen sich einige Stadtverordnete angeschlossen. Es fand sich jedoch auch eine Anzahl von Gegnern des Planes, die die Enge der Kaiserstraße, verbunden mit deren starkem Verkehr, und die damit verbundene Gefahr für das Publikum als Hindernisse geltend machten. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, die Union zu beauftragen, ein Projekt

und Kostenanschläge auszuarbeiten. Da hierzu voraussichtlich einige Zeit gehört, kann das Projekt geprüft werden muß und weiterhin die vorgeschriebenen Instanzen zu durchwandern hat, so hat der Beschluß des Kollegiums vorerst nur p. insipielle Bedeutung. Dem Antrage des hiesigen gemeinnützigen Bauvereins auf Uebernahme der Bürgerkassette der Stadt für ein bei der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf aufzunehmendes Darlehen im Betrage von 60000 M. wurde stattgegeben, ebenfalls auch dem Antrage des Vereins Fauna auf Gewährung eines Ehrenpreises für die im nächsten Monat stattfindende Verbandsschlacht-Ausstellung. Der Preis für Kraftgas, das zur Erzeugung elektrischen Lichtes verwendet werden soll, wurde auf 13 Pf. der Kubikmeter festgelegt. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden einige persönliche Gesuche erledigt. Sodann wurde die Erwerbung eines 300 Quadratrußen großen Grundstücks an der Zweigstraße beschlossen, welches Verwendung für Schulzwecke finden soll. Dem Vernehmen nach soll dort eine katholische Gläufige Schule errichtet werden. Die Quadratruße des Grundstücks kostet 70 M. Einige weitere Punkte mußten der vorgedachten Stunde halber von der Tagesordnung abgelegt werden.

In der gestrigen Vorstandssitzung der freiwilligen Feuerwehr wurde beschlossen, 62 elektrische Feuerwehler anzulegen, welche sich auf die ganze Stadt verteilen. Sobald die Genehmigung der Postbehörde eintrifft, wird mit den Arbeiten begonnen werden. Im Interesse der Bürgerschaft ist die längst erwünschte Anlage der elektrischen Alarmanlage nur mit Benutzung der elektrischen Alarmanlage auszuführen, ist darauf hingewiesen, daß die für die neue evangelische Kirche vorzunehmenden Steinmearbeiten (vergl. Nr. 60 H. d. Ztg.) einm. der äußeren Verblendung 105 764 M. kosten, die Steinmearbeiten allein 74 920 M., die Grauwacken-Verblendung 30 844 M.

In der am Montag im Bannhofschen Lokale abgehaltenen Versammlung des Messerschleifer-Vereins wurde Herr W. Langenbergh zum Vorsitzenden an Stelle des unlängst verstorbenen Herrn C. W. Kirchbaum gewählt. Die Versammlung zur Beratung der Organisation des Handwerks fand am Montag Vormittag im Rathhause Saale zu Düsseldorf unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Präsidenten v. Rheinbaben statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bildung einer oder mehrerer Handwerkskammern, 2. Bildung von Abteilungen für einzelne Zweige des Handwerks, 3. Abgrenzung dieser Abteilungen, 4. Vorauslegung zur Bildung von Zwangsvereinigungen. An der Beratung nahmen 50 Handwerksmeister theil aus Varmen, Gese, Düsseldorf Stadt und Land, Duisburg, Elberfeld, Essen Stadt und Land, Gelsen, Gladbach, Grevenbroich, Kempen, Krefeld Stadt und Land, Lennep, Mettmann, Mörz, Mülheim a. d. Ruhr, Neuf, Rees, Remscheid, Ruhrort, Solingen Stadt und Land. Nach 1 1/2-stündiger Debatte wurde mit 44 gegen 6 Stimmen für den Regierungsvorschlag Düsseldorf die Errichtung einer Handwerkskammer beschlossen mit dem Sitz in Düsseldorf, ferner die Bildung von 6 Abteilungen für den Handwerkskammerbezirk und zwar mit je 1 Sitz für Gladbach, Krefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Duisburg und Essen. Zu Düsseldorf gehören Mettmann, Solingen und Remscheid, zu Elberfeld Varmen und Lennep. Die Versammlung sprach sich einstimmig für die Errichtung von Zwangsvereinigungen aus. Bei großen Städten sei die Errichtung von Zwangsvereinigungen zu empfehlen, für kleinere Städte, soweit dies möglich, gemischte Innungen zu bilden. Doch solle die Entfernung des Wohnortes der Mitglieder vom Sitz der Innung nicht über eine Stunde sein. Zur weiteren Beratung wurde aus den 6 Abteilungen je ein Vertreter ernannt, die demnächst noch zu einer weiteren Beratung nach Düsseldorf berufen werden sollen. (Solingen war auf der Versammlung durch 2 Handwerker vertreten.)

43840 selbständige Handwerksmeister, von welchen 8164 einer Innung oder einem Handwerksverein angehören, gibt es im Regierungsbezirk Düsseldorf. Im Stadtkreis Solingen gibt es etwa 1000 Handwerksmeister und eine Innung mit 19 Mitgliedern. Im Stadtkreis Elberfeld sind 3039 selbständige Handwerksmeister angesetzt, von welchen 826 korporativ vereinigt sind. Die entsprechenden Zahlen für Varmen betragen 2631 resp. 106.

Der Vergische Landwehr- und Krieger-Verband hält am 24. April im Hotel Deutscher Kaiser in Bechwerk seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Die Gesellschaft „Bödin“ veranstaltet am nächsten Sonntag im weißen Saale der Solinger einen Humorfest-Feiertag; die zur Vertheilung gelangenden Preise sind in der Zigarrenhandlung des Herrn Benj. Kaufmann hieselbst ausgestellt.

„Ende gut, alles gut“, wird Herr Direktor Schumann gestern Abend gedacht haben, als er sich die Räume seines Zirkus füllten sah. Bei Beginn der Vorstellung war auch nicht ein Kläppchen mehr unbedeckt. Daß unter solchen Umständen Publikum und auftretende Künstler sich begnügen müssen, ist natürlich, und so waren denn auch beide Theile befriedigt. Dressuren, Kunstreiter, Akrobaten, Seiltänzer und Clowns, alle weitestgehend, das Beste ihrer Leistungen zu zeigen, und daß dies gelang, bewiesen zur Genüge die Beifallsstürme des Publikums. Besonders gefielen die Vorführung der 12 dressierten Rapphengste durch den Herrn Direktor, der spanische Ritt und ferner die Pantomime „Kaiser Diektion“.

Am Dienstag wird der Zirkus unsere Stadt verlassen, bis wann noch allenfalls Vorstellungen stattfinden werden, deren Besuch nur dringend empfohlen werden kann.

Die in den Tagen vom 2. bis 4. April im Bannhofschen Lokale stattfindende Ausstellung von Hunden aller Rassen, vom hiesigen kynologischen Verein (Verein zur Züchtung reiner Hunderassen) veranstaltet, wird dem Besucher des Interessanten viel bieten. Neben dem mächtigen Bernhardiner, dem Lebensretter auf St. Bernhard, sehen wir die starke mutige Dogge. Außer dem

bedeuten Vorkühnen, dem treuen Begleiter und Gehilfen des Jägers, finden sich die kleine Krumme (Zedel) und der schneidige Forterrier ein, — die immer unentbehrlicher werdenden Gebrauchshunde des Jägers, die aber von ihrem berechtigten Jägerlatein nichts verstehen. Aber auch die Kurwunde, besonders die Lieb- linge unserer Damen, werden zahlreich vertreten sein und wollen mit ihrem süßen fragenden Blick unsere Anerkennung über ihre Schönheit erforschen. Etwa 50 Hunden wird die Ausstellung aufweisen. Der veran- staltende Verein hat als Preisrichter 13 Herren und 2 Damen gewonnen, die in der kynologischen Welt sehr gut bekannt sind. Diejenigen Leser d. Bl., welche eben- falls ihre Lieblinge und treuen Wächter ausstellen wollen, müssen sich hierfür halb schonigt an den Ausstellung- leiter, den Königl. Förster Herrn Luban, Burg a. W., wenden. Sicher wird mancher unserer bisher verpönten Kläffer, mit Auszeichnung geschmückt, von der Ausstellung in seinen heimlichen Zwängen zurückkehren. Die Ver- sorgung und Fütterung der Hunde hat der Verein über- nommen, so daß auch nach dieser Richtung hin jeder Aussteller beruhigt sein kann. Die wohlbesetzte Hunde- laube und Schlachtfutterfabrik Langensfeld liefert für große Hunde ihre beliebten Hundstücken, während die kleinen Hündchen mit Viehwurst gefüttert werden. Wir wünschen dem veranstaltenden Verein einen recht guten Erfolg, um so mehr, als der Besuch der Ausstellung für jeden Besucher Interessantes und Belehrendes bietet.

Der Sagenschied aus Gronenberg, der an den Fastnachtstagen auf der Reckenstraße geschossen worden war, befindet sich noch im Krankenhaus. Eine Wunde ist gebessert, dagegen ist es fraglich, ob der verletzte Arm heil bleibt.

— Gestern wurden gestern ein Bettler und ein Diebstahler, welcher in einem Neubau nächtigen wollte.

Nachmittagsbesuchungen mit dem Vermerk „Sofort zurück“ sollen nach einer in den letzten Tagen ergangenen Verfügung des Reichspostamts fortan nicht schon nach dem misslungenen Versuch der Bestellung an den Empfänger, sondern erst nach der vergeblichen Vor- zeigung an dem Absender zurückgeschickt werden.

□ **Höflichkeit.** 15. März. Der Eigentümer des Pferdes, das gestern durch Bräute kaufte, ist nun er- mittelt. Nachträglich erfahren wir, daß das dazu ge- hörige Gefährt aus Nürnberg stammte und 3 Insassen des Wagens bei Baumannsstraße heraus sprangen, als die Jagel riefen und das Pferd durchging. Hierbei trugen sie alle mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davon, dem Eigentümer wurden sämtliche Zähne eingeschlagen, der Mund aufgerissen, die Kniee verletzten u. s. w. Sie konnten die Verletzten nur mit Wagen machen, bis sie in die Bräute ihr insynischen beruhigtes eigenes Gefährt antrafen.

— 16. März. Gestern Nachmittag nahm der Untersuchungsrichter zu Mittel- Pilsbäumen eine Ortsbesichtigung und Zeugenernehmung vor. Es han- delte sich um die noch nicht aufgeklärte Tat des Todes, welchem der Arbeiter D. erlag.

— 16. März. Der Bezirks- Ausschuss hat die Kommunalsteuer-Zuschläge für 1898/99 genehmigt. Es werden erhoben 220 pGt. von der Realsteuer und 240 pGt. von der Einkommensteuer und dem fin- gierten Steuerfuß.

— 16. März. Gestern Nachmittag ereignete sich an der hiesigen Weinbrennerei ein sehr bedauerlicher Unglücksfall. Zwei an dem Neubau beschäftigte Arbeiter hatten das Gerüst einer Giebelmauer betreten, um die Stützen herauszuheben. Die Arbeit ist vielleicht nicht mit der gebührenden Vorsicht ausgeführt worden, wenigstens hatte sie zur Folge, daß die Mauer einstürzte, und einer der Arbeiter durch nachstürzende Steine schwere innere Verletzungen erlitt und in das Krankenhaus zu Solingen gebracht werden mußte. Dem zweiten Arbeiter gelang es sich durch einen Sprung zu retten und mit einigen Hautabschürfungen davon zu kommen. (Der Ver- unglückte hat nicht weniger als 8 Wunden am Kopf; ob er innere Verletzungen erlitten hat und sein Zustand kranken ist, läßt sich noch nicht sagen.)

#### \* Stadtverordneten-Sitzung zu Solingen am 15. März 1898.

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Diete waren anwesend die Stadtverordneten Herren Berenberg, Pöfer, Dr. Würen, Kommerzienrat Coppel, Dahmann, Heitz, Grab, Haering, Hartkopf, Hasselbach, Heberlein, Hepp, Kirchbaum, Kron, Langenberg, Linder, Lüttges, Meuschen, Müller, Nagel, Köttgen, Schumacher, San- Rath Dr. Stratzmann, Thegarten, Ulmes, sowie die Herren Beigeordneter Kühne, Direktor Klose, Stadt- baumeister Drewh, und Herr Stadtschreiber Friedrich als Protokollführer. Es fehlten die Herren Stadtverord- neten Komm. Rath Beckmann, Hugo Beckmann, Hermes, Lauterjung und Schwarz.

#### Tages-Ordnung:

1) Nachbewilligung einer Forderung für die Kühlanlage des neuen Schlachthofes. Herr Vorsitzender referiert über die bereits zweimal im Stadtverordneten-Kollegium berathene Frage, welche in der durch die Herren Hugo Beckmann und Nagel erweiterten Schlachthof-Kommission, zu welcher ein Ingenieur der A. G. Hamboldt & Co. hinzugezogen worden war, noch einmal eingehend erwogen worden ist. Das Resultat dieser Beratungen war die einstimmige Annahme des ursprünglichen Antrages betr. die Erweiterung der Kühlanlage bzw. Einrichtung einer täglich 200 Zentner liefernden Eisfabrikation. Herr Vor- sitzender erinnert daran, daß in der ursprünglichen Schlachthofanlage, die 465.000 M. erfordere, die Kosten von 44.000 M. für die Kühlanlage ohne Eisfabrikation einbezogen gewesen seien. Man habe die Einrichtung von 32 Kühlstellen mit 112 Quadratm. geplant, habe aber das Projekt, als nicht den Anforderungen entsprechend, erweitert in 56 Zellen mit 288 Quadratmeter. Der Marktpreis des Quadratsm. würde nur mit Kühlanlage 50 M. mit 100 Zentner Eisfabrikation 56 M., event. sogar nur 39 M., mit 200 Zentner Eisfabrikation 27 1/2 M., event. sogar nur 19 M. betragen, falls der Gesamtschlachthof in Zellen verwandelt und das Eis mit 60 Pfg. pro Zentner verkauft werde. Der Höchst- satz der Subvention für 1 Zentner Eis betrage 30 Pfg. Verbürgte Aussicht sei vorhanden auf Abzug der ganzen Eisproduktion. Er könne daher den Antrag der Kommission nur unterstützen. Herr Berenberg erklärt, daß außer den Wegern sich 200 wertvolle Brauereien zur Eisabnahme ver- pflichtet hätten. Herr Schumacher empfiehlt den Antrag, da namentlich die Bedenken, die gegen ihn vor- gelegt hätten, beseitigt seien. Auf eine Anfrage des Herrn Heberlein erklärt Herr Vorsitzender, daß die ursprüngliche Summe von 44.000 M. für die Kühl- anlage sich durch die Anlage der Eisfabrikation für 200 Zentner täglich, durch die baulichen Mehrarbeiten, Er- richtung eines Schornsteins u. auf 109.500 M. er- höhten. Im ganzen liege eine Mehrforderung von 82.700 M. vor. Nachdem noch Herr Nagel aus technischen und wirtschaftlichen Gründen den Antrag empfohlen hat, wird er angenommen.

2) Führung der elektrischen Straßenbahn durch die Kaiserstraße. Herr Vorsitzender empfiehlt die Anlage eines Doppelgleises vom Schlag- baum bis zum Mühlenplätzchen, von wo sich die eine Linie über die Kaiserstraße nach der Krabenhöhe, die andere über die Kölnstraße nach dem Südbahnhof bzw. Höflichkeit erstrecken soll. Durch diese Anlage werde 1. eine Kollision zwischen den beiden Straßen völlig ver- mieden, der Verkehr vereinfacht und das Warten bzw. Umsteigen am Neumarkt überflüssig. 2. sei ein höherer Ertrag der Bahn, die bisher nicht ganz die in sie ge- setzten Hoffnungen erfüllt habe, zu erwarten, werde doch durch die Verlegung über die Kaiserstraße der Verkehr auf der belebtesten Straße für die Bahn erschlossen. 3. sei die nicht zu leugnende bedeutliche und ge- fährliche Steigerung des Verkehrs am Neumarkt besonders an Marktagen vermieden, und gesündere Verhältnisse seien durch die Neuordnung zu erwarten. Bei der früheren Beratung des Projekts habe man aus verkehrspolitischen Gründen davon Abstand zu nehmen, Veranlassung genommen. Die Erfahrung der letzten 3 Vierteljahre habe aber gezeigt, daß sich auf der Bahn nicht so viele Unfälle ereignen, als man befürchtet habe. Deshalb könne man jetzt dem Projekt, die Kaiserstraße zu benutzen, näher treten. Was den starken Fußverkehr auf dieser Straße betreffe, so lasse sich durch eine Polizei- verordnung der Verkehr nach einer Richtung, so z. B. nur in der Richtung vom Entenpuhl bis zum Mühlen- plätzchen, regeln. Sodann könne man das vorgeschlagene tagelange Halten von großen Möbelfahrern verhindern und das Aus- Einladen von großen Wagen auf bestimmte Stunden beschränken, wie es bereits in an- deren Städten geschehe. Schließlich könne der Verkehr übermäßig großer Wagen auf der Kaiserstraße überhaupt verboten werden. Ein endgültiger Beschluß hierüber sei heute natürlich nicht zu verlangen; es handle sich nur darum, sich darüber klar zu werden, ob man im Prinzip dem Projekt näher treten und die Union veranlassen solle, Pläne auszuarbeiten. Technische Bedenken hätten dem Projekt nicht entgegen, vielmehr seien erhöhte Erträge aus der Bahn zu erwarten. Herr Lüttges hält die Anschaffung des Verkehrs am Neumarkt für unangehörig, weshalb es vorläufig beim Alten bleiben könne. Die Kaiser- straße sei hingegen zu eng. Man müsse deshalb noch ein paar Jahre warten, bis mit dem Verschwinden der alten Häuser die Trottoire breiter geworden seien. Die Verlegung des Projekts sei verfehlt. Die Bedenken, die sich damals gegen die Kaiserstraße geltend gemacht hätten, seien auch heute noch vorhanden. Es habe sich in dieser Beziehung gar nichts geändert. Er stimme daher gegen das Projekt. Herr Thegarten wendet sich gegen die Ausführungen des Beigeordneten. Seitdem die Bahn nun 1/2 Jahr, ohne Gefahr und Störung, selbst an engen Stellen, so z. B. beim Zimmer'schen Hause und am Entenpuhl, gelaufen sei, könne man ohne Bedenken die Kaiserstraße für die Bahn in Aussicht nehmen. Allerdings sei selbstverständlich, daß der Fuß- verkehr geregelt werde und zwar nur nach einer Fahr- richtung. Auch der Neumarkt werde dadurch in gewünschter Weise entlastet. Das Doppelgleis auf der Straße zwischen Schlagbaum und Mühlenplätzchen sei durch den stärker werdenden Verkehr bedingt beim Anschluß an die Kreisbahn. Auf dieser Straße werde sich auch die Ein- führung des 3 1/2 Minuten-Verkehrs ermöglichen lassen. Herr Heberlein tritt vorm für die Benutzung der Kaiserstraße ein. S. Zt. bei der ersten Beratung habe er bereits die Kaiserstraße als einzig logischen Weg für die Bahn bezeichnet. Ein derartiges Projekt werde auch dem ökonomischen Standpunkt, dessen Wegeverbindungen zu wünschen übrig liegen, sehr von Nutzen sein. Die Kaiserstraße sei nicht gefährlicher, als andere enge Stellen der Bahn in der Kölnstraße. Herr Vorsitzender betont, daß die verkehrspolitischen Bedenken bei den berufenen Instanzen, der Eisenbahndirektion und der Re- gierung, die nötige Beachtung finden werden. Vorläufig möge das Kollegium nur der Frage, ob die Kaiserstraße zu benutzen sei, ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Er glaube, daß die Bedenken an der Kaiserstraße als bereuen würden, falls die Bahn nicht über die Straße gelegt werde. Herr Langenberg hält den Verkehr für zu groß, um die Straße ohne Gefahren für das Publikum der Bahn zu überlassen. Die Sachlage sei heute noch so wie damals, als man das Projekt abgelehnt habe. Die vorgeschlagenen Polizeiverordnungen seien auch nicht so ohne weiteres durchzuführen. Man müsse da die Interessen der Beteiligten berücksichtigen. Er sei für vor- läufige Verlegung des Projekts. Herr Vorsitzender widerlegt die Bedenken des Beigeordneten gegen die Polizei- verordnungen. Die Erfahrungen anderer Städte be- weisen, daß eine derartige Verkehrsregulierung möglich ist und sich selbst in engen Straßen keine Unglücke ereignen. Herr Hartkopf hält das Projekt für verfehlt. Falls die Ufergärtenstraße wegfiel, sei es für die Anwohner des südlichen Stadtteils unannehmlich, zum Südbahnhof zu kommen. Es werde dadurch sicherlich keine Verkehrs- vermehrung eintreten. Herr Schumacher schließt sich den Ausführungen des Herrn Lüttges an und befürchtet, daß die polizeiliche Fahrordnung Anlaß zu größerer Un- ordnung gäbe. Nach einigen Jahren, wenn die alten Häuser gefallen sind, könne man dem Projekt näher- treten. Herr Lüttges ergänzt seine obigen Äußerungen dahin, daß die Abendenbesitzer an der Kaiserstraße gar nicht mit dem Projekt einverstanden seien. Herr Beigeord- neter Kühne hebt hervor, daß es nur logisch sei, die Kaiserstraße für die Bahn zu benutzen. Man könne überzeugt sein, daß jedes mit Pferden bespannte Fuhrwerk dem Verkehr gefährlicher sei, als eine mit mäßiger Schnelligkeit dahinfahrende Straßenbahnwagen. Falls der Fußver- kehr dort geregelt werde, so könne das nur zum Vorteil für die Straße sein. Man möge daher das Projekt, das sich doch schwerlich vor 2 Jahren vermindern werde, nicht ohne Weiteres ablehnen. Bis zu diesem Termin werde ohnehin vieles auf der Kaiserstraße sich ge- schehen haben. Bei Anlage der Bahn habe man f. Zt. be- sonderen Werth darauf gelegt, daß die Bewohner der Nachbargemeinden durch die Kreisbahn an die Stadt herangezogen würden. Auch von diesem Standpunkt be- trachtet, sei das Projekt eine gute Lösung, umso mehr als nur die Enge der Kaiserstraße ein Hindernis bilde, weitere technische Bedenken jedoch nicht vorhanden seien. Herr Kron stellt fest, daß die Kaiserstraße sich zum Teil sehr verbreitert habe, weshalb ein Teil der geltend gemachten Bedenken fortfalle. Leider sei der jetzige Be- richt nicht rationell genug. Bevor z. B. die Bewohner des südlichen Stadtteils auf die Bahn warteten, um dann am Neumarkt umsteigen zu müssen, gingen sie lieber zu Fuß. Sonntags seien die Wagen nach Krabenhöhe meistens so belegt, daß im südlichen Stadtteil kaum jemand noch einsteigen könne. Uebrigens müsse man doch eine Verbindung zwischen der Kaiserstraße und Kölnstraße mit dem Südbahnhof herstellen. Die Union könne ja ein Projekt ausarbeiten, an dessen Hand man sich besser orientieren könne über die Konsequenzen einer derartigen Linienänderung. Herr Vorsitzender hebt hervor, daß auch wenn die Ausführung des Projekts noch lange auf sich warten lassen werde, man es doch schon heute in Erwägung ziehen müsse. Bei dem Weg durch die verschiedenen Instanzen vergehe viel Zeit, wie

das Beispiel der Kreisbahn lehre. Herr Linder macht auf die Gefahren für den Fußverkehr am Eingang der Ufergärtenstraße und am Entenpuhl aufmerksam. Hierzu sprechen noch die Herren Beiz, Kühne, Heberlein, Vo- segger und Lüttges, die ihren oben näher erklärten Stand- punkt in der Angelegenheit aufrechterhalten. Für das Projekt tritt dann Herr Hasselbach ein, ebenso Herr Kirchbaum, wohnungen Herr Sanitätsrat Dr. Stratzmann sich den von verschiedenen Rednern geltend gemachten Bedenken anschließt. Herr Haering steht dem Projekt sympathisch gegenüber, macht aber darauf aufmerksam, daß man bei dessen Ausarbeitung auch andere Elektricitäts-Gesellschaften als die Union heranziehen solle; auch befürwortet Redner eine Verbindung zwischen der Kaiserstraße und dem Südbahnhof. Herr Schumacher tritt für Verlegung des Projekts ein, ebenso Herr Lüttges, worauf nach einer Erklärung des Herrn Be- geordneten Kühne, daß sämtliche f. Zt. konkurrierenden Elektricitäts-Gesellschaften die Durchführung der Bahn über die Kaiserstraße für möglich erklärt hätten, Herr Heberlein den Schlußantrag stellt. Dieser wird an- genommen, worauf Herr Vorsitzender die Anträge formuliert. Der Antrag Lüttges auf Verlegung findet nur 8 Stimmen für sich und ist somit abgelehnt; der Antrag Kron- Haering, wonach die Union veranlaßt werden soll, ein Projekt nebst Kostenanschlägen auszuarbeiten, unter Berücksichti- gung einer Verbindungslinie zwischen Kaiserstraße über Ufer- oder Ufergärtenstraße nach dem Südbahnhof bzw. Kölnstraße wird mit großer Mehrheit angenommen. Ueber den Antrag der Verwaltung betr. zweites Gleis u. s. w. braucht mithin nicht abgestimmt zu werden.

3) Bewilligung der Kosten zur Verlegung der unterirdischen Stromführung an der Staatsbahnkreuzung am Grünewald im Betrage von 400 M. Die Kosten werden ohne Debatte bewilligt.

4) Bewilligung der Kosten für eine Halte- stelle-Tafel an der Kirbergstraße. Gegen Be- willigung der Kosten, welche 16 Mark betragen, hat Kollegium nicht einzuwenden.

5) Uebernahme der Bürgschaft für ein Seitens des gemeinnützigen Bauvereins bei der Invaliditäts- und Altersversicherung- Anstalt Rheinprovinz in Düsseldorf zu ent- lehrendes Darlehen im Betrage von 60.000 M. Der Herr Vorsitzende schildert die Lage des Vereins, dessen Mitglieder im vorliegenden Jahre auf eine Drei- dende vermindert hätten, und der nun, um nicht noch weitere Entlassungen machen zu müssen, ein Darlehen von 60.000 M. bei der Invaliditäts- und Altersver- sicherungs-Anstalt in Düsseldorf nachsuchen wolle. Die genannte Anstalt wolle das Darlehen hergeben, wenn die Stadt die Bürgschaft für dasselbe übernehmen werde. Wie noch es thue, daß hier billige und gesunde Woh- nungen gebaut würden, bedürfe wohl keiner Frage, er bitte daher bringen, daß der Verein genügend Sicherheit biete, dem Darlehen desselben auf Uebernahme der Bürg- schaft Seitens der Stadt zu entsprechen. Als Sicherheit gebe der Verein seine bebauten Grundstücke in Pfand, das seien 3 Doppelhäuser an der Vereinsstraße und 3 Häuser an der Stahlstraße. Die unbebauten Grund- stücke möge man mit Rücksicht auf die Umständlichkeiten, die durch die Befragung der Grundstücke bei event. Verkäufen ent- stehen würden, außer Betracht lassen. Herr Kron giebt zu bedenken, daß, wenn dem Antrage entsprochen werde, der neugegründete Spar- und Bauverein keine so günstige Zukunft habe; der Gemeinnützige Bauverein verfolge ja schon eine ideale Idee; er frage sich aber, welcher Verein eigentlich moralisch mehr werth sei, der eine oder der andere. Der Spar- und Bau-Verein liege aus Volks- freien hervorgegangen, während man von dem Gemein- nützigen Bauverein, welcher bereits 7 Jahre bestes- nicht sagen könne, ob er die Idee, die er verfolge, erreicht habe; auch ist der Fall nicht undenkbar, daß der Verein, wie er es im vorliegenden Jahre beab- sichtigte, liquidiert. Der Finanzkommission liegt auch eine Eingabe des Spar- und Bau-Vereins vor; ich befürchte, wenn wir heute den Antrag einfach annehmen, daß dann eine Untersuchung des Spar- und Bauvereins unterbleibt und eine Konfurrenz desselben gefördert wird. Ich glaube auch nicht, daß einer der anwesenden Herren die Hypothek auf die 6 Häuser geben würde, wohl aber für das ganze Eigentum des Vereins, dessen unbebaute Grundstücke das werthvollste Verpfändung bilden. Und noch die Herren nicht für sich selbst thun, kann auch nicht von der Stadt geschehen. Der Spar- und Bau- verein hat 110 Mitglieder, die bereits ein anständiges Kapital eingezahlt haben; in anderen Städten werden diese Vereine unterstützt, und ich halte es auch für richtig, daß den Mildthätigsten geholfen wird. Von diesem Standpunkt ausgehend, bitte ich den Antrag einstimmig abzulehnen und der Finanzkommission beide Anträge bzw. Eingaben zum Vergleich zu überweisen. Herr Vorsitzender: Daß eine Konfurrenz zwischen beiden Vereinen besteht, kann ich nicht zugeben; ich frage mich sehr, daß der Gemeinnützige Bau-Verein so vorgeht; mit den 7 Häusern, die wir bauen, wird doch noch nichts erreicht, wir hoffen auch, daß der Spar- und Bau-Verein uns unterstützt. Wir können diesem Verein auch helfen; die Eingabe ist in der Finanzkommission noch nicht beraten worden, weil allen Mitgliedern des- selben noch kein Statut des Vereins übergeben worden ist. Wir sind hier in der Lage 60.000 M. ohne Risiko zu verbürgen, wenn wir dem anderen Verein aber 50.000 M. geben wollten, würde ich mich doch fragen, wo ist da die Sicherheit? Vielleicht läßt sich auch eine Form finden, daß sich beide Gesellschaften vereinigen; eine Konfurrenz besteht ja gegenseitig nicht, beide verfolgen dieselben Zwecke. Herr Kron: Eine Verschmelzung der Vereine ist meiner Ansicht nach unausführbar, schon des- halb, weil der eine Verein Häuser baut und wieder ver- kauft, während der andere Verein aus nur Interessenten besteht; ein solches Vorhaben würde auf unendliche Schwierigkeiten stoßen. Wenn ich zweien helfen soll, und einer ist bemittelt, der andere nicht, so habe ich die moralische Verpflichtung, den Unbemittelten zu unter- stützen. Herr Kommerzienrat Coppel: Bei der Beratung in der Finanzkommission über die Angelegen- heit herrschte allgemein die Ansicht vor, daß eine Unter- stützung des Vereins ohne Gefahr für die Stadt geschehen könne; der Verein würde im anderen Falle auch nicht an die Stadt herantreten sein. Das Vermögen des Vereins befindet sich auf 140.000 Mark, auch sind die Mitglieder selbst solvent und hatten mit ihrem ganzen Vermögen. Auch bei einer einfachen Grundbuch-Ver- schreibung würde jede Gefahr ausgeschlossen sein. Die Häuser stehen mit 82.000,80 zu Buch und sind nicht, wie Herr Kron annimmt, minderwerthig, sondern fast ausnahmslos in gutem Zustande. Die Stadt hat hier eine Sicherheit, wie sie nicht geboten werden kann. Auch hat sich ein hiesiges Bankhaus bereit erklärt, die Bürgschaft gegen einen ganz minimalen Satz zu 1 pGt., d. i. etwa 100 Mark, zu übernehmen; auch will das Bankhaus event. das Ganze übernehmen, bzw. die ein- gezahlten Beträge der Mitglieder zurückzahlen, einschließ- lich des Verlustes von 4 pGt., der durch den Konkurs des Bankhauses entfallen ist. Ich bin von Herrn Trieb, der jetzt die Verwaltung des Vereins in Händen hat,

und der Mitinhaber des Bankhauses ist, beauftragt worden, diese Erklärung hier abzugeben. Der Verein würde ge- schädigt werden, wenn die Stadt die beantragte Bürg- schaft nicht eintrüge, indem dann der Verein mehr als 3 pGt. für das Darlehen bezahlen müßte; es liegt daher gewissermaßen eine Verpflichtung Seitens der Stadt vor, hier zu helfen. Herr Schumacher: Bei Genehmigung des Antrages schaffen wir einen Ausnahmefall und können andere Vereine mit demselben Rechte ähnliche Anträge stellen. Auch Bauunternehmer und Bauver- leihern können, wenn ich von diesem Standpunkt aus- gehe, mit demselben oder noch höherem Rechte kommen (Rufe: Oho, oho!), die bauen doch auch Häuser. Und da es sich bei den 60.000 Mark nur um 100 Mark Mehrkosten handelt, warum sollen wir das Geschäft dann übernehmen? Lag der Verein das Geld holen, wo es jeder andere thut. Uebrigens hat sich der Verein auch selbst das Pfändrecht „gemeinnützig“, beigelegt. — Der Herr Vorsitzende erwidert, er bestritte entschieden, daß der Verein nicht gemeinnützig sei. Herr Haering steht auf dem Standpunkt, daß man dem Einen helfen und den Andern nicht zuwider sein könne; von einem Ge- schäft könne nicht die Rede sein, da die Mitglieder des Vereins nur höchstens 4 pGt. von ihrem Kapital er- zielten. Jedenfalls müsse man von Fall zu Fall ent- scheiden. Allerdings müsse der Verein nicht allein seine Häuser, sondern sein ganzes Verpfändung für das Dar- lehen bzw. die Bürgschaft verpfänden. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Kommerzienrat Coppel, Heitz und des Herrn Vorsitzenden wird der Antrag der Finanzkommission auf Uebernahme der Bürgschaft mit Mehrheit angenommen.

6) Wahl von 6 Mitgliedern des Kurato- riums der Realschule und des Programms. Nach dem von Stadtverordneten-Kollegium kürzlich auf- gestellten Statut hat das Kuratorium aus 6 Mitgliedern zu bestehen. Zu den 5 vorhandenen Mitgliedern wird deshalb Herr Kommerzienrat Beckmann als 6. Mitglied gewählt.

7) Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der verstärkten Erziehungskommission. An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Herrn Nagel, wird sein Sohn, der auch dessen Nachfolger im Stadtverord- neten-Kollegium ist, gewählt.

8) Antrag des Geflügelzüchter-Vereins „Rauna“ auf Gewährung eines Ehrenpreises aus Anlaß der im April er. stattfindenden Verband-Geflügel-Ausstellung. Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden wird einem Beschlusse der Finanzkommission entsprechend, ein Betrag von 150 M. für einen Ehrenpreis bewilligt. Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß durch die große Ausstellung doch auch der Stadt ein Vortheil erwachse.

9) Gesuche wegen Straßenbeleuchtung. Ein Gesuch wegen besserer Beleuchtung der Hauptstraße wird entsprechend dem Antrage der Beleuchtungskommission zurückgewiesen, da hier ja eigentlich nur noch die Lailen- burg hätte in Betracht gezogen werden können, welches Gebäude ja niedergelegt ist. — Ein Antrag wegen Beleuchtung der Kanalstraße wird von der Tagesordnung zurückgelegt.

10) Abänderung der Bedingungen über Gasentnahme vom hiesigen Gaswerke. Herr Vorsitzender: Unser Mitbürger Herr Brams hat sein Haus mit sehr schöner elektrischer Beleuchtung versehen; die Freude des Herrn Brams an dieser Anlage wurde durch eine Rechnung des Gaswerkes etwas getrübt, welches für Kraftgas zur Erzeugung von elektrischem Licht einen höheren Preis als üblich verlangt und war- denfalls einen Preis für Leuchtgas = 16 Pfg. pro Kubikmeter. In einem eingegangenen Schreiben des Herrn Brams spricht derselbe über sein größtes Er- staunen aus. Das Gaswerk hat daraufhin Nachfrage in anderen Städten gehalten, von denen z. B. Düsseldorf, Eisenach und Remscheid je 16 Pfg., Barmen 17 1/2 Pfg. und Essen 15 Pfg. für Kraftgas zur Er- zeugung elektrischen Lichtes erheben; in einigen anderen Städten werden Mittelpreise erhoben. Man könne ja Herrn Brams nicht verwehren, auch seine Nachbarn mit elektrischem Licht zu versehen, dann müsse aber be- dacht werden, daß der Gasanstalt Erträge entzogen würden und diese ließen doch dazu bestimmt, einen Teil des Kommunalsteuer-Defizits zu decken. Die Gasanstalt schlage dementsprechend vor, für die Art Verbrauch von Gas den höheren Preis anzusetzen und beantrage eine diesbezügliche Abänderung des Gasstatuts vorzunehmen, hingegen die jetzige Forderung an Herrn Brams, mit Rücksicht auf die Verhältnisse, niedrigerzulegen. Herr Kommerzienrat Coppel erwähnt, daß man früher in ähnlichen Fällen für den Anfall, den das Gaswerk durch solche Einrichtung habe, eine Gebühr verlangt habe, z. B. von den Herren Gebr. Lüttges. (Herr Lüttges bemerkt, daß seine Firma jährlich 60 M. be- zahle.) Warum soll hier von diesem Motus ab- gegangen werden? Es braucht dann auch der Gaspreis nicht erhöht zu werden. Herr Lüttges erklärt, er sei in der Kommission gegen eine Erhöhung des Gaspreises eingetreten, schon deshalb, weil durch das elektrische Licht auch die Straßen besser beleuchtet würden. Herr Brams könne event. doch auch eine Dampfmaschine anlegen, um den ganzen Komplex mit elektrischem Licht zu versehen; er bezweifle aber, daß viele Personen solches Licht anlegen würden, da die Anlage sehr theuer sei. Einen Mittelweg für den Gaspreis, z. B. 13 Pfg., halte er am Platze. Herr Heberlein tritt dem Antrag, den Preis auf 13 Pfg. festzusetzen. Herr Heberlein ist der Ansicht, daß man von Herrn Brams keine Nachforderung erheben könne; einen Mittel- satz halte er auch am Platze, man müsse die Anlagen zur Erzeugung von elektrischem Licht soviel wie möglich zu fördern suchen. Herr Vorsitzender erwidert, man habe die Angelegenheit in der Gas- und Wasserwerks- Kommission auch wohlwollend überlegt; die Einnahmen des Werkes verringerten sich aber, wie bereits erwähnt, durch solche Anlagen; auch habe Herr Brams keine Ver- bindung der Straßenbeleuchtung beabsichtigt, sondern nur für sich eine Anlage geschaffen. Herr Kron: In Städten, wo ein höherer Gaspreis verlangt wird, bestehen meistens nur Aktien-Gesellschaften; es ist ja schön und wünschenswerth, wenn elektrisches Licht angelegt wird; wir müssen aber auch das Gaswerk im Auge haben. Herr Brams braucht das Gas nur in den Abendstunden, wann es uns am theuersten und das Gaswerk stark in Anspruch genommen ist; deshalb sollte man dieses Gas auch zum vollen Preise berechnen. Vielleicht kann man verschiedene Preise für Tag- und Nachtgas einrichten, bzw. diesen Plan einer Prüfung unterziehen; die Kommission hat nach- reiflicher Überlegung den Satz auf 16 Pfg. festgelegt. Herr Lüttges wünscht, daß man etwas Kulanz walten lasse, das Gaswerk amortisire sich doch gut. Nachdem Herr Direktor Klose einige Ausführungen in der Ange- legenheit gegeben und Herr Kommerzienrat Coppel für einen Mittelweg eingetreten ist, bemerkt der Herr Vorsitzender, daß man den von Herrn Heitz bean- tragten Satz von 13 Pfg. ja ansetzen könne, daß man dann aber nur den Hauseigentümern gestatten solle, elektrisches Licht zu erzeugen. Dieser Vorschlag wird auf Antrag des Herrn Lüttges, mit Rücksicht auf die

Wieder der großen Läden an der Kaiserstraße noch da-  
hin ergäns, daß die Erzeugung von elektrischem Licht  
auf eigenen oder gemieteten Grundstücken gestattet sei.  
Hierauf wird zur Abstimmung geschritten und der An-  
trag der Gas- und Wasserwerk-Kommission abgelehnt,  
daß der Antrag des Herrn Feltz, 13 Pf. zu erheben,  
unter Berücksichtigung des Zusaßes von Herrn Lüttges,  
angenommen.

11) Besuch des Hilfsvereins Deutscher  
Reichsangehöriger in Prag um Bewilligung  
eines Beitrages. Versammlung bewilligt, einem  
Antrage der Finanz-Kommission entsprechend, einen Be-  
trag von 30 Mk.

12) Bewilligung der Kosten zur Ueber-  
dachung der Veranda in Mängsten. Die ent-  
sprechenden Kosten im Betrage von 620 Mk. werden  
bewilligt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Herr  
Vorstand bittet, noch zwei eilige Angelegenheiten zu  
erörtern: Herr Decker habe eine Straße zwischen der  
Gronenberger- und Vereinsstraße angelegt, die Schiller-  
straße benannt worden sei; die Straße sei 11,70 bis  
12 Mtr. breit projektiert. Die Interessenten, die Herren  
Decker, Morhan und Schütz hätten außer der Vergabe  
des Grund und Bodens sich auch zur Auszahlung der  
Ausbaukosten verpflichtet und den Antrag gestellt, die  
Stadt möge den Ausbau der Straße vornehmen.

Kollegium beschließt dem Antrage entsprechend. — Dann  
beschließt Versammlung noch die Aushebung beiläufig.  
Vergabung der Arbeiten zur Pflasterung der Grüne-  
wälders- und Schützenstraße. — Herr Schumacher  
erwähnt noch, es sei vorhin ein Beschluß hinsichtlich der  
Angelegenheit des gemeinnützigen Bauvereins gefaßt wor-  
den, der juristisch nicht richtig sei, da mehrere Mit-  
glieder des Kollegiums, die in der Angelegenheit mit  
abgestimmt hätten, bei derselben nicht zugegen seien.  
Herr Vorstand erwidert, das Stadtverordneten-Kollegium  
habe event. über die Gültigkeit dieses Beschlusses zu be-  
schließen; wenn aber so die Interessen vertreten werden  
sollten, dann würden ja, wenn irgendwie Wege gebaut  
würden, auch die interessierten Stadtverordneten nicht  
mit abstimmen dürfen. Er möchte übrigens die Frage  
dahingestellt sein lassen.

Herr Feltz bittet noch, mit Rücksicht auf die bevor-  
stehende Eröffnung der Straßenbahnstraße die Höhe der  
Erhöhung zu jenen, ob man nicht die Fahrkarten-  
Abonnements im Preise herabsetzen sollte; hier würden  
7,50 Mk. pro Monat bezahlt, während in Ebersfeld  
z. B. eine bedeutend größere Straße nur 4 Mk. koste.  
Der Herr Vorstand verspricht, die Angelegenheit der  
Union unterbreiten zu wollen. Hiermit sind die Ver-  
handlungen beendet; es folgt dann noch: Nichtöffentliche  
Sitzung.

#### Gerichts-Verhandlungen.

Düsseldorf, 14. März. Ein Metzgermeister,  
der verdorbene Fleisch- und Wurstwaren verkauft hatte,  
erhielt 1 Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte  
gegen den Angeklagten in Anbetracht seiner gesundheits-  
schädlichen Handlungsweise eine Gefängnisstrafe von 3  
Monaten beantragt.

#### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Hannover, 14. März. Am Sonntag Nachmittag  
wurde in der Zimmerstraße ein 4-jähriges Mädchen von  
der elektrischen Straßenbahn überfahren und getötet.

Berlin, 16. März. Heute wird Professor  
Jägle aus Aachen, bekanntlich eine Autorität auf dem  
Gebiete der Halsperren, dem Kaiser einen Vor-  
trag über diesen Gegenstand halten, wobei wohl ins-  
besondere die Frage zur Erörterung kommen dürfte, ob  
Halsperren mit Erfolg in Schloßen hergestellt werden  
können. Dem Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser  
wird auch der Minister der öffentlichen Arbeiten beiwohnen.

Budapest, 15. März. Nach der Märzfeier  
sagen die sozialistischen Arbeiter vor den Klub der Un-  
abhängigkeitspartei, wo es zu lärmenden Austritten kam.  
Die Polizei zerstreute die Menge. 19 Verhaftungen  
wurden vorgenommen. Später rettete sich die Menge  
wiederum zusammen, zog durch die Straßen und schlug  
Schaufenster ein, wurde aber von der Polizei wieder

auseinandergetrieben, wobei weitere 20 Verhaftungen  
vorgenommen wurden.

Paris, 16. März. Nach der „Morce“ sind alle  
Maßnahmen getroffen, um eine allgemeine Mobilisier-  
ung der Marine vorzubereiten; alle Admirale hätten  
Ordre erhalten, innerhalb 24 Stunden nach Paris  
zu kommen.

16. März. Der „Stocle“ veröffentlicht einen  
Brief der Frau Drehtus an den Minister Lebon, in  
welchem sie unter Berufung auf das Gesetz des Mit-  
lebens den Minister bittet, man möge ihr gestatten, das  
Loos ihres Gatten auf der Teufelsinsel zu teilen;  
Frau Drehtus erklärt sich gleichzeitig bereit, sich der  
Lebensführung, die ihrem Gatten auferlegt sei, vollständig  
zu unterwerfen. Der am 28. Febr. abgeleitete Brief  
sei, so erklärt das Blatt, bisher unbeantwortet geblieben.

Westdeutsches Patentbureau, Auguststraße 21.  
23. März. techn. Erlaß, 9 J. l. Berlin, seit 95 Pf. Solingen.

#### SOLINGER BANK. 16. März.

|                  | Briefe | Geld   |                  | Briefe | Geld  |
|------------------|--------|--------|------------------|--------|-------|
| Amst. Rtd. k. S. | 169.65 | 169.15 | Atw. Brss. k. S. | 80.90  | 80.60 |
| London           | 20.50  | 20.46  | Paris            | 81.05  | 80.75 |

Aufträge in Effekten werden prompt und zu billigen  
Bedingungen ausgeführt.

#### Öffentlicher Anzeiger.

Evangelische Gemeinde Solingen.

heute, Mittwoch, den 16. März,

Abends 8 1/2 Uhr in der Kirche:

**Biblischer Vortrag**

Gal. 4, 1-20. Giesfeld.

Raffionsgottesdienst:

Donnerstag 6 Uhr: Pfr. Zeph. Laff.

Evangel. Vereinshaus.

Donnerstag 8 1/2 Uhr: **Gründungsfeier**

**Frauen- u. Jungfrauen-Verein**

**der Kleinkinderschule,**

Emilienstraße.

Donnerstag, den 17. März,

Nachmittags 4 1/2 Uhr:

**Arbeitsstunde**

im Saale des ev. Waisenhauses.

**Höflichkeit**

**Frauen- u. Jungfrauen-Verein.**

Morgen, Donnerstag, den 17. März,

Nachm. 3 Uhr:

**Hauptversammlung.**

Tages-Ordnung:

1) Berichterstattung über den Stand

des Vereins.

2) Rechnungsablage.

3) Vorstandswahl.

4) Berichtlesen.

Die ordentlichen wie die außer-

ordentlichen Mitglieder des Vereins

werden um recht zahlreiches Erscheinen

höflich gebeten.

Der Vorstand:

H. D. Decker, Pfr.

**Frauen-Verein, Gräfrath**

Donnerstag Nachmittags 3 Uhr.

Im zahlreicher Teilnahme bittet

Frau Pastor Müller.

**Bekanntmachung.**

In Gemäßheit des Baufluchtlinien-

gesetzes vom 2. Juli 1875 wird hier-

mit durch Stadtverordnetenbeschluss

vom 22. v. Mts. der im Jahre 1897

festgestellte Höhenplan der Verbindungs-

straße zwischen Brühlers- und Gas-

straße aufgehoben und ein neuer Höhen-

plan für diese Straße festgelegt.

Vorliegendes wird mit dem Bemerk-

ten zur öffentlichen Kenntnis ge-  
bracht, daß die Pläne vom 10. März  
ab 4 Wochen lang auf dem Stadt-  
bauamt zu Jedermanns Einsicht offen  
liegen.

Einwendungen gegen die Aufhebung  
des alten bzw. gegen die Festlegung  
des neuen Höhenplanes können wäh-  
rend der angegebenen Zeit beim hiesigen  
Bürgermeister-Amt angebracht werden.  
Solingen, den 7. März 1898.

Der Oberbürgermeister.

J. B.

Der Beigeordnete Kühne.

**Bekanntmachung**

**der Frühjahr-Controllversammlungen 1898.**

Die diesjährigen Frühjahr-Controllversammlungen werden im Kreise So-

linden wie folgt abgehalten:

**A. Hauptmeldeamt Solingen:**

a) Bürgermeisterei Solingen.

Appellplatz: St. Sebastianus-Schützenhalle, Schützenstraße.

**Freitag, den 1. April:**

Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, Dispositionen.) Vormittags 8 1/2 Uhr.

Referve, Jahressklassen 1894

Referve, Jahressklassen 1893

**Sonntag, den 2. April:**

Referve, Jahressklassen 1892

Referve, Jahressklassen 1891

Referve, Jahressklassen 1890 und die Landwehr 1. Auf-)

gebots, Jahressklassen 1889

**Montag, den 4. April:**

Landwehr 1. Aufgebots, Jahressklassen 1888 und 1887

Landwehr 1. Aufgebots, Jahressklassen 1886 und 1885,

mit Ausnahme der in der Zeit vom 1. 4. bis

30. 9. 86 Eingetretenen

**Dienstag, den 5. April:**

Erjap-Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894,

und 1893

Erjap-Referve, Jahressklassen 1892, 1891 und 1890

**Mittwoch, den 6. April:**

Erjap-Referve, Jahressklassen 1889, 1888, 1887, 1886

**b) Bürgermeisterei Gräfrath.**

Appellplatz: Saal des Wirtshaus Gerhards Lange.

**Mittwoch, den 13. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**c) Bürgermeisterei Höflichkeit.**

Appellplatz: Saal des Wirtshaus Troost.

**Donnerstag, den 14. April:**

Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894, 1893,

1892, Dispositionen-Urheber u. Superrevidenten

Referve, Jahressklassen 1891, 1890 und Landwehr 1. Auf-

gebots, mit Ausnahme der in der Zeit vom 1. 4.

bis 30. 9. 86 Eingetretenen

Erjap-Referve

d) Bürgermeisterei Solingen.

Appellplatz: Saal des Wirtshaus Krautstein.

**Freitag, den 15. April:**

Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894, Dis-

positionen-Urheber und Superrevidenten

Referve, Jahressklassen 1893 und 1892

Referve, Jahressklassen 1891, 1890 und die Landwehr

1. Aufgebots der Jahressklassen 1889 und 1888

**Sonntag, den 16. April:**

Landwehr 1. Aufgebots, Jahressklassen 1887, 1886 und

1885, mit Ausnahme der in der Zeit vom 1. 4.

bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die Erjap-Re-

ferve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894

Erjap-Referve, Jahressklassen 1893, 1892, 1891, 1890

1889, 1888, 1887, 1886, 1885

**e) Bürgermeisterei Wald.**

Appellplatz: Schützenhalle.

**Montag, den 18. April:**

Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894, 1893,

Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Referve, Jahressklassen 1892, 1891 und 1890

Landwehr 1. Aufgebots, mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen

**Dienstag, den 19. April:**

Erjap-Referve, Jahressklassen 1897, 1896, 1895, 1894,

1893

Erjap-Referve, Jahressklassen 1892, 1891, 1890, 1889,

1888, 1887, 1886, 1885

**B. Kontrollbezirk Opladen:**

a) Die Bürgermeisterei Vurscheid und Wigheld.

Appellplatz: Saal des Wirtshaus August Hinderich zu Vurscheid.

**Montag, den 4. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**b) Bürgermeisterei Vichlingen.**

Appellplatz: Bahnhof-Vorplatz.

**Dienstag, den 5. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**c) Bürgermeisterei Opladen und Reutkirchen.**

Appellplatz: Platz neben dem Hofe des Gasthofbesizers

Louis Janßen zu Opladen.

**Mittwoch, den 6. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**d) Bürgermeisterei Ruppberg.**

Appellplatz: Platz vor der Wirtschaft des Rudolf Krüner zu Schaffall.

**Dienstag, den 12. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots, mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**e) Bürgermeisterei Schlebusch.**

Appellplatz: Saal des Wirtshaus Karl Jäger.

**Mittwoch, den 13. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots, mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen und die

Erjap-Referve

**f) Bürgermeisterei Rixdorf, Ortsteil Heindorf, die Bürgermeistereien**

**Wonneim und Oidorf.**

Appellplatz: Saal des Wirtshaus Bovermann zu Langenfeld.

**Donnerstag, den 14. April:**

Referve, Dispositionen-Urheber und Superrevidenten

Landwehr 1. Aufgebots, mit Ausnahme der in der Zeit

vom 1. 4. bis 30. 9. 86 Eingetretenen

Erjap-Referve

Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Landwehrleute, welche in der

Zeit vom 1. April bis 30. September 1886 eingetretten und zur Landwehr

1. Aufgebots überzuführen sind, nicht zur Frühjahr-, sondern nur noch zur

diesjährigen Herbst-Controllversammlung zu erscheinen haben.

Alle diejenigen Mannschaften früherer Jahrgänge, über deren Militär-

verhältnis durch Überführung zur Landwehr 2. Aufgebots bzw. zum Land-

sturm noch nicht endgültig entschieden ist, haben zu den resp. Controll-

versammlungen gleichfalls zu erscheinen.

Samtliche Militärpapiere sind von allen Controllpflichtigen mitzubringen.

Unter Jahressklassen ist die auf dem Titel des Militär- bzw. Erjapreferve-

passes vermerkt zu verheben.

Samtliche zum Erscheinen verpflichtete Mannschaften werden hierdurch

aufgefordert, sich pünktlich zu den resp. Controllversammlungen einzufinden,

einzelne, ob sie besondere Verordnungen erhalten oder nicht. Verhättnisse

erheben oder fehlen ohne vorherige Erlaubnis wird nach den gesetzlichen

Bestimmungen bestraft. Gelüste um Verzeirung von den Controllversammlungen

sind mindestens 4 Tage vorher durch das zuständige Hauptmeldeamt bzw. den

Controllbezirk beim Bezirks-Kommando nachzufragen.

Eide, Regenschirme, Pfeifen u. müssen vor Beginn der Controll-

versammlungen ausnahmslos weggelegt werden.

Die Controllpflichtigen werden grundsätzlich nur zu denjenigen Controll-

versammlungen zugelassen, welche für ihren Wohnort angelegt sind.

Die Controllversammlungen werden abgehalten:

Bei Gelegenheit der Controllversammlungen finden Fuhrmessungen statt und

haben die Mannschaften daher mit rein gewaschenen Füßen zu erscheinen.

Wie bisher üblich gewesen, werden auch in diesem Jahre etwa 8 Tage vor

Abhaltung der Controllversammlungen durch öffentlich ausgelegte besondere

Bekanntmachungen der Kontrollstellen die Mannschaften nochmals an Tag und

Stunde der Controllversammlungen erinnert werden.

Solingen, den 1. März 1898.

#### Königliches Bezirks-Kommando.

#### Statt besonderer Anzeige.

Gestern Nachmittag 1 Uhr entschlief sanft nach  
längerem, mit Geduld ertragenem Leiden an Alters-  
schwäche unsere liebe, treue Mutter, Schwiegermutter,  
Grossmutter und Tante

**Frau Wwe. Diana Feldmann,**

geb. Flothmann,

im beinahe vollendeten 79. Lebensjahre.

Es bitten um stille Theilnahme

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

**Wilhelmine Triesch geb. Feldmann.**

**Emmanuel Triesch**

Essen und Solingen, den 15. März 1898.

#### Todes-Anzeige.

Gestern verschied nach kurzem Krankenlager unser  
Schleifermeister

**Herr Otto Busch.**

Seit 20 Jahren für uns thätig, verlieren wir im  
Entschlafenen einen tüchtigen und fleissigen Arbeiter,  
welcher durch seinen offenen Charakter uns stets im  
besten Andenken bleiben wird.

**C. Lingohr & Co.**

Solingen, den 16. März 1898.

#### Todes-Anzeige.

unverändert.  
 Eier 30 Pfg. niedriger.  
 Rübel und Kuchen unverändert.

# Beilage zur „Solinger Zeitung“.

Nr. 63.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Pfeiffer in Solingen.  
Druck und Verlag von Alb. Pfeiffer in Solingen.

Mittwoch, den 16. März 1898.

## Rheinland und Westfalen.

**Kemscheid, 15. März.** Herr Beigeordneter Hesse, der Begründer unseres Stadtparks, hat neuerdings umfangreiche Arbeiten ausführen lassen, um auch den an der Bergstraße und Wilhelmstraße gelegenen Teil des Holscheiderbergs der Kultur zu unterwerfen. Auch barren im Holscheiderberg, zwischen Wendung und Müngsten u. c. ausgedehnte Waldwüsteneien der dringend notwendigen Kultivierung, die an Bedeutung, wie der „Gen.-Gen.“ meint, hinter den Erwerbungen in Afrika und China nicht zurückstehen.

— 15. März. Die Verwaltung der Ronsdorfer-Müngstener Eisenbahn hat an die Gemeinde Ronsdorf den Antrag auf Anschluß an das dort zu errichtende Elektrizitätswerk gestellt, bezugs Entnahme von elektrischer Kraft für den elektrischen Betrieb der Bahn von Ronsdorf bis Klarenbach, eventuell bis Sieperhöbe. Die Ronsdorfer Stadtverordneten-Versammlung wird sich demnächst mit diesem Antrage beschäftigen.

— 15. März. Der Gewerbeverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung auch mit der jetzt viel besprochenen Errichtung einer Haltestelle in Gölbenwerth, welche als Bedürfnis für den dortigen Bezirk anerkannt wurde. Der Verein erklärte sich gern bereit, auch seinerseits die Haltestelle zu befürworten, namentlich mit dem Hinweis auf vorliegende gewerbliche Interessen: die wechselseitigen Industriebeziehungen zwischen diesem Ronscheider Bezirk und Solingen und die Erleichterung des Austausches der Arbeitskräfte. Nach der Ronsch. Ztg. wurde eine Kommission gewählt, mit dem Auftrage, in einem Gesuche an den Eisenbahnminister diese Gesichtspunkte eingehend darzulegen.

**Wermelskirchen, 14. März.** Wie die Werm. Ztg. vernimmt, werden die Verhandlungen wegen Anlage einer elektrischen Straßenbahn vom Staatsbahnhofe in Wermelskirchen nach Schwanen und event. Schloß Burg demnächst in Fluß kommen.

**Elberfeld, 15. März.** Der Träger eines bekannten und allgemein geachteten Namens von auswärts beabsichtigt, nach der „Elf. Ztg.“, sich auch um das Reichstagsmandat von Elberfeld-Barmen zu bewerben. — Der Vorstand der nationalliberalen Partei wird die Auffstellung des Herrn Gust. Gertelsch jr. als gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl empfehlen.

— 15. März. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag in der Anilinstraße. Dort stürzte ein kaum 2 Jahre altes Kind aus dem 4. Stock des Hauses und blieb tot auf dem Pflaster liegen. Das Gehirn war bloßgelegt. Die Leiche wurde in die elterliche Wohnung gebracht.

**Barmen, 15. März.** Von der elektrischen Straßenbahn Barmen-Schwelm wurde in Beierde ein drei-

jähriges Kind angefahren und zu Boden geschleudert. Das arme Geschöpf erlitt, nach dem „Gen.-Anz.“, eine Gehirnerschütterung sowie eine blutende Kopfwunde.

**Köln, 15. März.** Das in der Kasparstraße in Folge Unfalls einer Petroleumlampe verunglückte 22-jährige Mädchen ist an den erlittenen Brandwunden im Bürgerhospital gestorben.

**Bonn, 14. März.** Ueber den schon gemeldeten traurigen Vorfall, der den Tod eines jungen Mädchens zur Folge hatte und mit dem kürzlich gemeldeten Selbstmorde eines Kandidaten der Medizin aus Krefeld in einem Kölner Gasthof in Verbindung gebracht wird, wird neuerdings folgendes berichtet: Das 23-jährige Mädchen ist an innerlicher Blutvergiftung gestorben. Die Vergiftung steht der Kref. Ztg. zufolge mit einer Operation in Zusammenhang, die von zwei im Hause der Verstorbenen wohnhaften und zur Ausübung der ärztlichen Praxis noch nicht befugten jungen Ärzten vollzogen worden war. Die Gerichtsbehörden haben sofort die Untersuchung eingeleitet. Die Leiche des unglücklichen Mädchens Gertrud B. aus Krefeld wurde gestern in dem Leichenhause des Poppelsdorfer Friedhofes obduziert. Die beiden Mediziner waren an die Leiche geführt worden. Bereits am Samstag früh, kurz nachdem die Mediziner in Haft genommen waren, wurde die Wohnung derselben versiegelt. Alle Instrumente, Mixturen usw. sind mit Beschlag belegt worden.

— 13. März. Ein erschütternder Trauerfall ereignete sich in einer hiesigen Familie. In Folge eines Schlaganfalles starb daselbst unerwartet eine Dame. Eine in dem Hause wohnende Verwandte der Verstorbenen entsetzte sich über den plötzlichen Todesfall dermaßen, daß auch sie bald starb.

**Wiesbaden, 14. März.** In zahlreich besuchter Versammlung, in der Ärzte Ansprachen hielten, wurde die Errichtung einer Lungenheilstätte für Wiesbaden und Umgegend beschlossen. 10 000 Mk. wurden von einem Hamburger Herrn zu diesem Zweck bereits zur Verfügung gestellt.

**Nassau, 14. März.** In großer Gefahr schwebte dieser Tage ein von Gießen-Limburg in Nassau einreisender Schnellzug. Ein Geistesgestörter, der die Eisenbahnen aus der Welt bringen wollte, hatte mehrere Schienen quer über das Gleis gelegt. Nur einige Minuten vor Eintreffen des Zuges wurde die gefährliche Strecke wieder frei gemacht.

**Trier, 14. März.** Am 5. d. M. wurde die Frau eines hiesigen Schuhwaren-Händlers von einem Räuber durch Revolvergeschüsse schwer verwundet, worauf derselbe sich selbst erschoss. Die unglückliche Frau ist gestern ihren Verletzungen erlegen.

**M. Gladbach, 14. März.** Hier wird ein Bismarck-Denkmal errichtet, für das unter der Hand schon 60 000 Mk. gesammelt sind.

— 14. März. Ein durch seine Wohltätigkeit rühmlichst bekanntes Ehepaar hat dem Vorstande des Vereins gegen Verarmung eine Summe von 5000 Mark übergeben, um die Zinsen jährlich am Geburtstage des Fürsten Bismarck zum Andenken an diesen an eine unverschuldet in Noth gerathene Handwerker-Familie zu verwenden. In Ermangelung einer solchen Familie sollen kleine Beamte (Staats- Stadt- oder Privatbeamte), Kommis u. s. w. in Frage kommen. Die Stiftung ist, wie die Schenkgeber angeführt haben, gemacht an Stelle eines Beitrages für ein Standbild des Fürsten, für welches augenblicklich gesammelt wird.

**Schwelm, 14. März.** Der Metzger Sonnenschein von hier hat sich um den Posten des Scharfrichters beworben. Bekanntlich will Scharfrichter Reindel zu Magdeburg sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen.

## Gerihts-Verhandlungen.

Sitzung des Schöffengerichts.

\* Solingen, 15. März. (Schluß). Zwei Messer-arbeiter von hier, Vater und Sohn, hatten sich, Ersterer wegen Gebrauchs gefährlichen Werkzeugs (Messer) bei einem Angriff, Letzterer wegen Hausfriedensbruchs und Mißhandlung eines Hausgenossen, zu verantworten. Die betretenden, in einem Hause (zu Heideberg) wohnenden Personen sind am 7. November v. J. aus irgend einem Anlaß in Streit gerathen. Die Beweisaufnahme ließ die heutige Anklage begründet erscheinen und das Urtheil lautete gegen den ersten Beschuldigten auf 15 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Haft, gegen den zweiten auf 30 Mk. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängniß. — Gegen 2 Inhaber eines hiesigen Fabrikationsgeschäftes war wegen Uebertretung der Bestimmungen der Gewerbeordnung: Beschäftigung schulpflichtiger Knaben in Fabrikbetrieben, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter über die zulässige Arbeitszeit, Nichtanmeldung der vorchriftsmäßigen Bauein- und Nichtanmeldung der vorgeschriebenen Verzeichnisse Anklage erhoben. Dieselben waren in den einzelnen Anklagepunkten geständig, schügten aber Unkenntniß der Bestimmungen und andere Umstände zur Entschuldigung vor. Das Gericht konnte denn auch die festgestellten Gewerbeergeben bezw. Uebertretungen mittheil beurtheilen und belegte die beiden Angeklagten mit je 9 Mk. Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängniß und 2 Mk. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft. — Ein Messerweider, ein Scheerenkleiber und ein Händler (von Krabendsbe) waren gemeinschaftlich bezw. gegenseitig und mittels gefährlicher Werkzeuge verurtheilt Mißhandlung angeklagt. Die betreffende Schlägerei ist in der Nacht vom 7.—8. November v. J. auf der Krabendsbe vor gekommen, da die beiden ersten Angeklagten mit dem Pferde des letzteren, welches sie angeblich hier auf der Straße angetroffen haben, die Straße herunter gezogen sind, um das Gefährt der Polizei zu übergeben; der dritte Angeklagte hat dies erfahren, ist ihnen nachgeeilt und hat (dies läßt sich wohl begreifen) mit Gewalt sein Fuhrwerk wiedernehmen wollen

und darüber waren denn auch die gegenseitigen Thätlichkeiten eröffnet. Alle Angeklagten wurden freigesprochen, da nicht festgestellt erschien, wer eigentlich als der strafbare Theil zu erachten sei. — Die Verhandlung gegen einen Walder Metzger wegen angeblichen Abblasens von Blut in den Rinnstein der Altenhoferstraße endete, da die Uebertretung erwiesen erschien, mit Verurtheilung des Beschuldigten zu 9 Mk. Geldstrafe. — In einer Sache war eine Hauptzeugin nicht erschienen. Der Gerichtshof beschloß deshalb Vertagung und Vernehmung der Zeugin in ihrer Wohnung. — Wegen Verleumdung und körperlicher Mißhandlung eines Handlungsgehilfen wurde ein hier wohnender Buchhändler unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu 10 Mk. Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängniß verurtheilt. — Von der Anschuldigung der Unterschlagung von 2 Mk. zum Nachtheil eines Nachbarn wurde ein Hermetischer von Höbmannsberg freigesprochen. Nach der heutigen Verhandlung hatte er von dem Nachbar für 2 Mk. Birnen gekauft, um solche anderweitig zu verkaufen, und diese hat er nicht bezahlt, welche Handlungsweise das Gericht zwar als unlauter, aber nicht als Unterschlagung zu kennzeichnen vermochte. — Des Hausfriedensbruchs war ein 33 Jahre alter Schleifer von Friedrichsthal angeklagt. Nach der Beweisaufnahme hat sich derselbe z. Z. zwar so benommen, daß die Aufforderung zum Verlassen der Wohnung sehr gerechtfertigt war; man hat ihm aber nicht Zeit gelassen, dieselbe zu befolgen, sondern ihn alsbald und nicht gar sanft, herausgebracht. Derselbe wurde darum freigesprochen. — Am 22. März 1896 benahm sich ein Erdarbeiter in einer Wirthschaft zu Wald errant ungebührlich, daß er mit Gewalt herausgebracht wurde, der Erdarbeiter wurde infolgedessen des Hausfriedensbruchs angeklagt; gegen den Wirth erfolgte gleichzeitig Strafverfahren wegen Mißhandlung des Erdarbeiters mittels gefährlichen Werkzeugs. Seit dem Vorfall sind ungefähr 2 Jahre verlossen. Auf Grund der heutigen Verhandlung erkannte das Gericht den Erdarbeiter schuldig und legte demselben 5 Tage Gefängniß auf, sprach dagegen den Wirth kostenlos frei.

## Vermischte Nachrichten.

**Darmstadt, 14. März.** Die seit etwa Jahresfrist vermiste 12-jährige Tochter eines Handelsgärtners an der Berastraße, die bisher trotz aller Nachforschungen nicht aufzufinden war, ist im benachbarten Grödenheim bei einer Zigeunerbande durch einen früheren Angehörigen des Geschäftes ihres Vaters erkannt worden. An das Verschwinden des Kindes hatten sich früher schreckliche Gerüchte von einem angeblichen Morde geknüpft, die jetzt widerlegt sind.

**Nürnberg, 13. März.** In seinem Wohnzimmer im städtischen Krankenhause wurde heute der Apotheker B. tot aufgefunden; er hatte sich mit Cyanal vergiftet. (Zkf. Btg.)

**Diedenhofen, 14. März.** Die Leiter der Hüttenwerke Stumm, Köhling, Friedenshütte, Burbach und Rheinische Stahlwerke beschlossen, in der Nähe von Diedenhofen ein Arbeiterhospital zu erbauen. Jede Gesell-

